

**Stoppt
Hartz**

Abschaffung der Arbeitslosenhilfe; Verkürzung
des Arbeitslosengeldes auf 12 Monate

Arbeitslose sollen enteignet werden!

Deutschland steckt in einer tiefen Krise. Regierung, Opposition und Arbeitgeberverbände behaupten, die Schuldigen zu kennen. Es sind die Arbeitslosen. Vor allem die, die länger als ein Jahr arbeitslos sind. Fast 70% der Langzeitarbeitslosen sind über 45 Jahre alt. Viele sind durch die Arbeit verbraucht und gesundheitlich angeschlagen.

Über 45-jährige sind angeblich schuld, also müssen sie zahlen.

- Man nimmt den Arbeitslosen das Vermögen weg. Zum 1.1.2003 wurde das Vermögen, das sie besitzen dürfen, mehr als halbiert. Jetzt soll zum 1.1.2004 bis auf 1.279 Euro (1.893 Euro bei Verheirateten plus 256 Euro für jedes Kind) alles weggenommen werden. Regierung und Opposition enteignen Arbeitslose, weigern sich jedoch, das Vermögen der Reichen auch nur mit 0,5% zu besteuern. Deren Besitzstand wird mit Zähnen und Klauen verteidigt.

- Man will den Arbeitslosen das Einkommen wegnehmen. Ihr Einkommen soll auf Sozialhilfeniveau abgesenkt werden.

Das heißt: Sie können sich allenfalls 20 Tage im Monat gesund ernähren. Sie dürfen kein Auto und keine Lebensversicherung besitzen. Ihre Eltern und Kinder müssen für sie Unterhalt zahlen.

Regierung und Opposition enteignen Arbeitslose, weigern sich jedoch, die Steuerreform zurückzunehmen, mit der sie den Kapitalgesellschaften seit 2001 zusätzliche Gewinne von 15–20 Mrd. Euro jährlich

beschafft haben. Damit sollten angeblich Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Erfolg war gleich Null.

Aber die Besitzstände der Kapitalgesellschaften werden mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Die Milliarden, die man den Arbeitslosen nimmt, werden dazu verwendet, die Milliarden Steuergeschenke für Daimler, Siemens und Co. aufzubringen.

Arbeitslose angeblich zu faul – deshalb die Kürzungen?

Regierung und Opposition behaupten, die Arbeitslosen seien faul und müssten mit Kürzungen einen »Anreiz« bekommen, wieder arbeiten zu gehen. Schröder und Fischer drohen: »Niemand darf sich künftig zu Lasten der Gemeinschaft zurücklehnen.« Sie meinen damit vor allem die über 45-jährigen Arbeitslosen. Diese werden aber von Unternehmen systematisch ausgesondert. Sie bringen weniger Profit als Jüngere. Damit sie schneller arbeitslos werden, baut die Bundesregierung auch noch den Kündigungsschutz ab.

Rutschbahn: Arbeitslose in die Sozialhilfe – Sozialhilfe senken – Löhne senken

Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ist der entscheidende Schritt auf dem Weg zur Kürzung der Sozialhilfe. Die Sozialhilfe wirkt wie ein Mindestlohn. Sie bremst bisher den Fall der Löhne nach unten. Deshalb streben die Arbeitgeber ihre drastische Senkung an. Stoiber spricht aus, was Schröder denkt und was die Dachorganisation des Kapitals, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, schon lange fordert. Um 25% soll die Sozialhilfe für Arbeitsfähige gesenkt werden. Oder auch um mehr.

Der Kampf gegen die angeblich faulen Arbeitslosen und SozialhilfebezieherInnen dient in Wirklichkeit dem Kampf gegen die Lohnabhängigen, die ihre Löhne verteidigen. Sie sind nach Meinung von Arbeitgebern, Regierung und Opposition die eigentlich Schuldigen an der Krise. Senkungen von Löhnen und von »Lohnnebenkosten« führen nur zu höheren Gewinnen. Und nicht zu mehr Arbeitsplätzen.

Wo ist das Geld?

Milliarden werden verschleudert, damit ein Konzern den anderen aufkauft und noch mehr Arbeitskräfte überflüssig macht. Milliarden fließen als Finanzanlage ins Ausland. Milliarden werden in Aktienspekulation und abenteuerlichen Kreditzusagen verzockt. Aktionäre und auch Vorstände wollen versorgt sein. Und die Renditen müssen ebenfalls stimmen.

Die einen wissen kaum, wie sie ihr Geld anlegen sollen. Die Arbeitslosen wissen immer weniger, wie sie ihre Miete zahlen und bis zum Ende des Monats was zum Essen haben sollen. Dazu Eichel stolz: »Vor allem bei der Arbeitslosenhilfe nehmen wir den Leuten richtig Geld weg« (Handelsblatt 21.11.2002)

- **Arbeitslosengeld als Grundsicherung für alle Arbeitslosen, deutlich oberhalb des Sozialhilfeniveaus!**
- **Keine Bedürftigkeitsprüfung!**
- **Arbeitslose gehören in die Arbeitslosenversicherung, nicht in die Sozialhilfe!**

Aktionen:

Schröder spricht auf 1.Mai-Kundgebung in Neu-Anspach - eine gute Gelegenheit Dampf abzulassen.

(Infos und Koordinierung möglicher Proteste: email an bagshi-frankfurt@web.de)

Auf nach Berlin am 17. Mai – Protest gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die weitere Verarmung der Erwerbslosen

Samstag, den 17. Mai 2003 in Berlin, fünf vor zwölf Potsdamer Platz Demonstration

14.00 Uhr Abschlusskundgebung am Großen Stern und Kulturprogramm

ver.di Bundesvorstand, ver.di Bundeserwerbslosenausschuss (BEA), Arbeitslosenverband Deutschlands (ALV) und die Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen (KOS) Bielefeld

Auf die Strasse...

gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe!

Veranstaltung der regionalen Anti-Hartz-Bündnisse am 28. Juni in Berlin

Verantwortlich: Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen (der_runde_tisch@web.de)

Interessierte Organisationen und Gruppen solle sich beim Runden Tisch melden.

Rhein-Main-Bündnis gegen die Umsetzung der Hartz-Pläne

Treffen jeden ersten Mittwoch im Monat im Club Voltaire (2.Stock), Kleine Hochstrasse. 5 um 19.30 Uhr, nächstes Treffen: 07. Mai